

MANFRED KREMER
Präsident des Bundesinstituts
für Berufsbildung, Bonn



Lebenslanges Lernen – Wunsch und Wirklichkeit

Oder: Wie wünschen wir uns die Wirklichkeit?

Liebe Leserinnen und Leser,

Konzepte zur kontinuierlichen Bildung haben sich seit Ende der 1960er Jahre auf internationaler und nationaler Ebene entwickelt. Gute Ideen und Beispiele gibt es genug; einige davon finden sich in diesem Heft. Warum ist trotzdem das Lernen im Lebensverlauf noch nicht zur Selbstverständlichkeit geworden?

LERNEN IM LEBENSVERLAUF GELINGT NUR, WENN IM LEBENSVERLAUF ERFOLGREICH GELERNT WIRD

Dieser eigentlich triviale Zirkelschluss weist auf Ursachen der Defizite bei der Umsetzung der „Lebenslang-Lernen-Maxime“ hin. Die Grundlagen für die Fähigkeit und Bereitschaft zum kontinuierlichen Lernen werden in der frühen Kindheit und in der Grundschule gelegt. Diese schlichte Einsicht hat die deutsche Bildungspolitik bis in die späten 1990er Jahre weitgehend ignoriert. Trotz großer aktueller Anstrengungen wird es lange dauern, hier international Anschluss zu finden.

Als andere Länder in den 1970er und 1980er Jahren ihre Systeme grundlegend reformiert haben, als ganztägiges Lernen in integrierten Schulen zum internationalen Standard wurde, hat Deutschland eine aufgeregte Debatte über Schulstrukturen geführt, die in den 1980er Jahren in einem bildungspolitischen Dornröschenschlaf versandete. Hauptfaktoren der durch PISA belegten Erfolge anderer Bildungssysteme sind übergreifende Bildungskonzepte vom Elementar- bis zum Sekundärbereich und Personal, das nicht nur Bildung, sondern auch Erziehung als selbstverständliche Aufgabe wahrnimmt. Es sind aktivierende Lernmethoden und individuelle Förderung in kleinen Lerngruppen, zudem mehr Zeit zum Lernen und soziale Inklusion durch gemeinsames ganztägiges Lernen bis zum Ende der Schulpflicht. PISA hat die Debatte darüber in Deutschland neu belebt und auch zu Fortschritten geführt. Nach wie vor ist aber die Bereitschaft, diese Erkenntnisse breit in die deutsche Schulwirklichkeit zu übertragen, zu wenig ausgeprägt.

Allein mit seinem dualen Berufsbildungssystem und einem ebenso in Beschäftigung führenden Schulberufssystem hat Deutschland international weiter Vorbildcharakter: Ein international herausragend hoher Anteil von 85 Prozent der jungen Erwachsenen erwirbt eine beruflich verwertbare Qualifikation.

Aus wenig überzeugenden ordnungspolitischen und auch finanziellen Gründen wurde allerdings in den 1990er Jahren – vor allem im Westen der Republik – versäumt, den Mangel an betrieblichen Ausbildungsangeboten durch den bedarfsgerechten Ausbau des Schulberufssystems und betriebsnaher außerbetrieblicher Ausbildungsprogramme auszugleichen. Stattdessen entwickelte sich seit Mitte der 1990er Jahre ein ausuferndes „Übergangssystem“. Darin mündeten dann alljährlich auch viele Zehntausende von ausbildungsfähigen Ausbildungsstellenbewerberinnen und -bewerbern ein.

PRIORITÄT FÜR BILDUNG HÄUFIG POSTULIERT, ZU SELTEN REALISIERT

Bleibt festzuhalten, dass ein zu großer Teil von Kindern und Jugendlichen, vor allem aus sogenannten „bildungsfernen“ Elternhäusern, die Grundlagen für lebenslanges Lernen nicht erwirbt. Auch nach dem Eintritt ins Berufsleben gilt: „Wer hat, dem wird gegeben“. Je besser die Qualifikation, je höher das Einkommen, umso häufiger wird weitergelernt. In Kindheit und Jugend verpasste Chancen blockieren aktives Weiterlernen im Erwachsenenalter.

Die bescheidene Teilnahme an Weiterbildung hat allerdings auch strukturelle Gründe. So hat Deutschland zwar ein international einzigartiges System national anerkannter Fortbildungsberufe und auch deutliche Fortschritte bei Gleichwertigkeit und Durchlässigkeit zwischen beruflicher (Fort-)Bildung und Hochschulbildung erreicht, aber immer noch erscheint die Hochschule als „Königsweg“ und die Berufsbildung als „Trampelpfad“. Zwar fordern Sozialparteien und Politik vehement die Gleichwertigkeit. In der Personal- und Tarifpolitik, in der Wirtschaft und im Öffentlichen Dienst schlägt sich dies aber kaum nieder. Es fehlt zudem an hinreichenden finanziellen Beiträgen der öffentlichen Hand und der Betriebe zur beruflichen Weiterbildung, die in dieser Hinsicht deutlich schlechter gestellt ist als die Hochschule. Dabei gäbe es die Chance, durch eine strukturell und finanziell unterfütterte breite Kampagne für mehr berufliche Fortbildung und Nachqualifizierung die drohende Qualifikationslücke schneller und bedarfsgerechter zu schließen als durch bloße Erhöhung der Akademikerquote. Sie sollte genutzt werden! ■